

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	15
1. Gegenstand und Forschungsinteresse der Untersuchung	15
2. Forschungsstand/ Quellen	20
3. Gliederung	26
 <i>1. Kapitel</i>	
Historischer Kontext und moderner Verfassungsbegriff	28
I. Die napoleonische Modellstaatspolitik	28
II. Begriff der modernen Verfassung	37
1. Begriffsgeschichtliche Entwicklung	37
2. Verbreitungsbedingungen des Instituts der Verfassung nach 1789/ 1791	43
 <i>2. Kapitel</i>	
Genese und Legitimitätsmodell der napoleonischen Verfassungen	48
I. Überblick	48
II. Entstehungsprozess der Verfassungen von Westfalen, Frankfurt sowie Verlauf der Verfassungsentwicklung in Berg	49
1. Die Verfassung des Königreichs von Westfalen vom 15. November 1807	49
2. Die Verfassung des Großherzogtums Frankfurt vom 16. August 1810	53
3. Die Entwicklung im Großherzogtum Berg bis zum Organischen Statut vom 15. März 1812	58
III. Herrschaftskonstituierende Wirkung und Selbstbindungswirkung der Verfassungen	62
1. Herrschaftskonstituierende Wirkung der Verfassungen ?	62

2. Parallelen zur frühkonstitutionellen Verfassungsgebung ab 1815	64
3. Selbstbindungswirkung der Verfassungen: Vergleich zum Frühkonstitutionalismus	66
IV. Das Legitimitätsmodell napoleonischer Verfassungen	70
1. Napoleonische Herrschaftslegitimität zwischen Tradition und Revolution	70
2. Tragfähigkeit der Legitimitätsbegründung	74
3. Cäsaristische Legitimität / „Verfassungscäsarismus“ ?	77

3. Kapitel

Staatsbürgerliche Gleichheit und Freiheit der Person – der individualrechtliche Gehalt der napoleonischen Verfassungen 82

I. Überblick	82
II. Grundzüge von Konzeption und Funktion der Grundrechtsgewährungen in den Napoleoniden	84
1. Ausgangspunkt	84
2. Konzeption und Funktion der Gewährungen	86
3. Die tragende Rolle des Gleichheitspostulats	89
III. Einzelne Ausgestaltungen in Westfalen, Frankfurt und Berg	90
1. Allgemeine staatsbürgerliche Gleichheit vor dem Gesetz	91
a) Gewährungscharakter	92
b) Rechtsanwendungsgleichheit – keine materiale Gleichheitsdimension	93
c) Formale staatsbürgerliche Gleichheit	93
d) Pflichtengleichheit	94
2. Spezifische (anti-ständische) Gleichheits- und Freiheitsbestimmungen	96
a) Umgestaltung der Administrativ-, Justiz- und Wirtschaftsverfassung	97
aa) Beseitigung ständisch-korporativer politischer und administrativer Strukturen	97
bb) Beseitigung justizieller Strukturen / Gleichheit vor dem Richter	100
cc) Abschaffung der Zünfte / Einführung der Gewerbefreiheit	101
b) Unterschiedslose Zuordnung von konkreten Rechten und Pflichten	102

aa) Recht auf gleichen und freien Ämterzugang / formal-rechtliche Entprivilegierung des Adels	102
bb) Ökonomische und soziale Stabilisierung der Adelsstellung	103
cc) Westfalen: Recht auf gleichen Ämterzugang auch im klerikalen Bereich (Art. 15)	105
dd) Gleichheit vor dem Steuergesetz	106
3. Religionsfreiheit	108
a) Freiheit der Religionsausübung und Diskriminierungsverbot	108
b) Die Judenemanzipation	110
4. Aufhebung der Leibeigenschaft und Herstellung der Freiheit der Person am Beispiel Westfalens	112
a) Überblick	112
b) Die Herstellung der persönlichen Freiheit des Einzelnen in Westfalen: Ambitiöser Ansatz und Verwirklichungsprobleme	113
IV. Bereichsbezogene Relativierungen und Ausnahmen der napoleonischen Egalisierungspolitik im Agrarsektor	118
V. Vergleichende Bezüge des individualrechtlichen Gehalts der napoleonischen Verfassungen zu zeitgenössischen Verfassungen und Rechtsquellen	120
1. Überblick	120
2. Grundanlage der Rechteerklärungen	121
3. Politischer Charakter der Individualrechtsverbürgungen	123
4. Umfang und Reichweite des individualrechtlichen Gehalts	125

4. Kapitel

Repräsentative Vertretungskörperschaften in den Verfassungen – das Beispiel Westfalens

I. Überblick	130
II. Grundzüge des modernen Repräsentationsprinzips der französischen Verfassungsstradition und seine Übernahme in Deutschland	133
1. Ausgangspunkt: Entwicklung in Frankreich	133
2. Gründe der Übernahme des Repräsentativgedankens in die napoleonischen Verfassungen in Deutschland	136

III. Bestellungsmodus, Zusammensetzung, Arbeitsweise und Mitwirkungsbereich der westfälischen Repräsentativvertretung	139
1. Bestellungsmodus und Zusammensetzung	139
a) Ausgestaltung im Einzelnen	139
b) Bewertung	141
2. Arbeitsweise und Mitwirkungsbereich der westfälischen Repräsentativvertretung	146
IV. Die Auseinandersetzung um die Steuergesetze 1808 und 1810 – „Verfassungskonflikt“	152
1. Sachverhalt	152
2. Argumentationsmuster der Regierung	155
3. Verfassungsgeschichtliche Einordnung	159
Zusammenfassende Gesamtbetrachtung	166
Anhang: Texte der Verfassungen des Königreichs Westfalen (deutsche Fassung) und des Großherzogtums Frankfurt	171
Quellenverzeichnis	187
Literaturverzeichnis	192
Sachverzeichnis	205